



MÖBELBÖRSE VOR DEM AUS

ANTRAG DER NPD-FRAKTION ZUM ERHALT DER MÖBELBÖRSE

DURCH ETABLIERTE BLOCKPARTEIEN ABGELEHNT

Zum Ende des Jahres 2012 muss die Möbelbörse schließen. Der ehemalige Träger kann die Arbeit nicht mehr fortsetzen. Die Maßnahme zur Förderung von Langzeitarbeitslosen wird durch das zuständige Jobcenter nicht mehr finanziert.

Auf Nachfrage der NPD-Fraktion beim Geschäftsführer des Jobcenters teilte dieser mit, daß durch die erhebliche Herabsetzung von Bundesmitteln zur Integrierung von Langzeitarbeitslosen es die Folge hatte sich von einigen Maßnahme zu trennen.

Anscheinend wird den Langzeitarbeitslosen nur eine untergeordnete Rolle zugestanden.

Gerade im Amt Stargarder Land sind Maßnahmen, welche die Menschen zu mindestens kurzfristig wieder in Arbeit bringen, in den letzten Jahren augenscheinlich zurückgefahren worden. Die Möbelbörse ist hierbei nur die Spitze des Eisbergs. Über

zehn Jahre beschäftigte die Möbelbörse langzeitarbeitslose Menschen, welche durch die Maßnahme wieder in die Arbeitswelt gebracht wurden. Auch die Ausstattung von sozialschwachen Menschen mit Möbeln und anderen notwendigen Utensilien wurde gut angenommen. Mittlerweile bietet die Möbelbörse nur noch Möbel aus dem Altbestand an, da keine neuen Möbel mehr eingelagert werden. Dies geschieht aufgrund der Tatsache, daß zum Ende des Jahres die Lagerräume leer sein müssen.

NPD-Fraktion im Kreistag Mecklenburgische Seenplatte stellt Antrag zum Erhalt der Möbelbörse.

Auf der Kreistagssitzung im September 2012 stellte die NPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag, welcher den Erhalt der Möbelbörse zum Ziel hatte. Der Landrat Heiko Kärger (CDU) sollte durch den Kreistag beauftragt werden, sich für die Möbelbörse einzusetzen und die notwendigen

Voraussetzungen für die Weiterführung der Einrichtung zu schaffen. Inhaltlich sollte der Landrat, als Träger des Jobcenters, sich dafür einsetzen, eine weitere Förderung der Maßnahme zu erreichen.

Sofern die weitere Förderung sichergestellt gewesen wäre, sollte er mit den Beschäftigungsgesellschaften in Gespräch kommen, um einen neuen Träger für die Einrichtung zu finden. Ein neuer Träger wäre dabei das kleinere Problem gewesen, da sofern die Rahmenbedingungen stimmen eine Übernahme der Trägerschaft wohl problemlos erfolgen würde.

Leider wurde die Dringlichkeit des Antrages durch die Einheitsparteien CDU, SPD, FDP/FW/WGLR, Die Linke und Bündnis/90 Die Grünen abgelehnt. Somit konnte die Thematik nicht auf der Sitzung behandelt werden. Zwar wird die NPD-Fraktion auf der Kreistagssitzung im Dezember dieses Problem wieder auf die Tagesordnung bringen, fraglich ist hierbei nur, ob die Zeit für die Umsetzung des Antrages noch ausreicht.

Geld für „Hinz und Kunz“, aber die Gelder für Langzeitarbeitslose werden gekürzt.

Den Langzeitarbeitslosen sollte eine übergeordnete Rolle auf dem Arbeitsmarkt zugestanden werden. Endlich eine Arbeit zu haben bzw. einer regelmäßigen Beschäftigung nachzugehen, das ist der Wunsch

vieler Arbeitssuchender. Die Ablehnung des Antrages kommt einem Schlag ins Gesicht gleich. Geht es darum horrenden Milliardenbeträge im Rahmen von Rettungspaketen für Zockerbanken und Pleitestaaten wie Griechenland auszugeben ist man in der Bundesrepublik schnell dabei. Die deutsche Haftung für den dauerhaften Rettungsschirm ESM wurde bis dato bereits auf 190 Milliarden Euro festgesetzt.

Auch auf Kreisebene ist man schnell dabei, wenn es darum geht, deutsche Steuergelder rauszuschmeißen. Die Aufnahme von 350 Asylbewerbern in Unterkünften in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und der Residentstadt Neustrelitz scheinen mittlerweile festzustehen. Auf eine Anfrage der NPD-Kreistagsfraktion antwortete der Landrat Heiko Kärger (CDU), daß pro Asylbewerber durchschnittlich 6.133,18€ im Jahr anfallen. Alleine die 350 Asylbewerber in Neubrandenburg und Neustrelitz würden dem Steuerzahler zusätzlich jährlich 2.146.613,00€ kosten.

Die NPD wird sich auch in Zukunft für die Interessen unserer Landsleute einsetzen. Eine zweigleisige Politik wie es bei den etablierten Blockparteien von CDU bis Die Linke der Fall ist, ist mit uns nicht zu machen. Auf der einen Seite spielen sich diese gerne als Kümmererparteien auf, in Wahrheit aber stellen sie die eigenen Interessen in den Vordergrund und nicht die Belange der Bürger, sondern denken und handeln nur mit ihrem Parteibuch.



NPD KV Mecklenburgische Seenplatte
Postfach 300 135, 17015 Neubrandenburg



0152 - 27 761 818



kv-seenplatte@npd-mv.de



03 222 - 33 66 493

